

Schlusswort

Dr. Werner Müller, Vorsitzender des Vorstands der RAG Aktiengesellschaft und Vorsitzender des Vorstands des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihre Rede, die ja alles in allem zeigt, dass wir in vielen rohstoffstrategischen Absichten unseres Konzerns und der DSK übereinstimmen mit den Zielen Ihrer Landesregierung.

Das ist im Grunde nicht überaus verwunderlich. Man kann das beispielsweise ganz einfach herleiten aus der Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen das Energieland, das Energiezentrum Deutschlands ist und aus guten politischen Gründen, die nichts mit Parteizugehörigkeit zu tun haben, auch bleiben sollte. Und wir sind ein Unternehmen, das schwergewichtig in der Energiewirtschaft tätig ist, insbesondere in diesem Land. Wir haben die größte Anzahl unserer Kraftwerksstandorte in diesem Bundesland. Und infolgedessen müssen wir, wenn wir als RAG eine gute Zukunft haben wollen, uns vor allem in diesem Land die Zukunft

schaffen. Das sind also vollkommen gleich gerichtete Ziele, und daraus ergibt sich schon grundsätzlich, dass die Landesregierung und die RAG, wenn sie jeweils eine gute Zukunft für das Land und für die RAG haben wollen, in etwa die selben energie-strategischen Zielstellungen verfolgen müssen: Wachstum für NRW zu schaffen.

Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident, Sie waren binnen sechs Tagen dreimal hier. Sie haben dabei nicht nur auf den letzten Donnerstag geblickt, als Sie die Bewerbung Essens als Kulturhauptstadt Europas kräftig unterstützt haben. Sie haben dann gleich noch ein ganzes Jahr zurückgeschaut, bis zum 11. November letzten Jahrs, als der Herr Bundeskanzler und Sie zur langfristigen Kohlepolitik gesprochen haben. Dabei haben Sie eine interessante Anmerkung gemacht.

Sie hatten manchen Zweifel, ob sich das auch so realisieren wird, wie es jetzt ein Jahr später aussieht. Das habe ich nun ehrlich gesagt nicht verstanden, weil dazwischen ja kein Regierungswechsel war. Oder anders ausgedrückt, wir vertrauen auf das, was der Bundeskanzler sagt, und wir vertrauen auf das, was der Ministerpräsident sagt. Wir wissen, es ist nicht immer ganz einfach, das dann auch in Koalitionen umzusetzen. Aber deswegen vertrauen wir Ihnen ja, weil wir wissen, das geht dann irgendwie schon.

Schwierig war es, das ist deutlich. Und nun harren wir der Dinge, die insbesondere der Bundeskanzler gesagt hat. Er hat gesagt, am 11. November letzten Jahrs, dass die Zuwendungsbescheide in der allerallernächsten Zeit sofort rausgehen. Nun wissen wir, der Bundeskanzler denkt in langen Fristen. Er plant ja jetzt auch schon seine Regierungstätigkeit nach 2006, sodass also „in der allerallernächsten Zeit“ ein bisschen dehnbar ist. Aber ich denke, jetzt ist die Zeit abgelaufen. Und es wäre ganz nett, wenn diese Zuwendungsbescheide in absehbarer Zeit kämen, weil die RAG im Dezember im Aufsichtsrat ihre Unternehmensplanung vorlegen muss. Zur Unternehmensplanung gehören auch konkret die Bergbauplanung, die Festlegung der Stilllegungstermine – das hat dann wieder Auswirkungen auf die finanzielle Lage der DSK. Die Rechtsbasis für die Zuwendungsbescheide beruht auf den vorhandenen Beschlüssen der Haushaltsausschüsse, Landtag und Bundestag, und verfällt am Jahresende. Und wenn sie verfallen ist, müssen die Beschlüsse neu gefasst werden. Es wäre einfacher, die Zuwendungsbescheide kämen jetzt tatsächlich in absehbarer Zeit. Das



wäre für das Unternehmen besser und letztlich auch für die Politik einfacher.

Und wenn ich nun über diese Zuwendungsbescheide rede, will ich sagen, es gibt ein Problem. Denn es ist angedacht gewesen, dass das Saarland seinen Beitrag leistet in der Größenordnung von rund 95 Millionen, danach ebenso degressiv wie der Bundes- und der Landesbeitrag. Das Saarland sieht sich außer Stande, diesen Beitrag zu leisten. Und nun ist die Frage: Was ist zu tun?

Wenn das Saarland dezidiert keinen Beitrag leistet, und wir würden streng betriebswirtschaftlich vorgehen, müssten wir die dort nicht erstatteten Kosten einsparen bei den teuersten Zechen. Das wäre die streng betriebswirtschaftliche Logik. Nun hat aber die mit Abstand billigste Zeche das Saarland. Und wir haben im Unternehmen entschieden, dass es politisch etwas merkwürdig wäre, wenn wir, wenn das Saarland nicht zahlt, dann in NRW Kapazitäten streichen würden. Das wollen wir ausdrücklich vermeiden, wiewohl wir dann betriebswirtschaftlich suboptimal auf das Saarland reagieren. Und wir werden beim Saarland, bevor wir an die Kapazitäten herangehen – und es ist klar, wenn wir bei Ensdorf Kapazitäten streichen würden, um 100 Millionen einzusparen, müssten wir, weil es die billigste Zeche ist, überproportional viel Kapazität stilllegen – bevor wir, wie gesagt, dieses machen, werden wir dort an der Saar an Kosten streichen, was man streichen kann. Wir haben dort beispielsweise Werkstätten, die vielleicht nicht zwingend sein müssen. Diese Aufgaben wird man vielleicht von NRW aus mit wahrnehmen können. Wir unterhalten dort eine sehr umfangreiche Ausbildung, die uns sehr viel Geld kostet. Auch das würde infrage zu stellen sein, wenn man im Saarland dem Saarbergbau keine Zukunft gibt.

Ich halte es aber noch nicht für der Weisheit letzten Schluss, dass das Saarland dezidiert keinen Beitrag leisten kann. Deswegen würde ich die Überlegungen empfehlen, was man aus der prinzipiellen Gegebenheit macht, dass die Weltmarktpreise etwas höher sind als bei der Finanzplanung unterstellt wird. Das führt vom Grundsatz her, wenn die Entwicklung so weitergeht, irgendwann zu weniger öffentlichen Hilfen – was macht man also mit dieser gedanklich frei werdenden Differenz?

Ich habe viel Verständnis dafür, wenn ein Finanzminister diese jetzt von vornherein wegrechnen will, denn er steht in Haushaltsnöten. Aber ich sage, das muss nicht in diesem Jahr entschieden werden. Das kann man ja vielleicht erst einmal in diesem Jahr offen lassen, denn wir müssen im nächsten Jahr ohnehin wieder mit der öffentlichen Hand einen so genannten Rahmenvertrag neu abschließen, in dem dann generell festgelegt wird, nach welchen genauen Kriterien und wie abgerechnet wird: Deswegen meine Überlegung, man soll das erst einmal offen lassen und dann mit dem Saarland noch einmal reden.

Herr Ministerpräsident, es hat mich gefreut, wie Sie den industriepolitischen Kontext darstellen, auch übrigens Ihre Anmerkung zu den regenerativen Energien. Es ist in der Tat so, in diesem Jahr schneiden sich wohl die Kurven. Wir sind bei

den Auftragsvolumina des Staats für Energie-sicherheit rückläufig. Die Kosten für die regenerativen Energien übersteigen jetzt das Volumen der Kohlebeihilfen. Und ich will hinzufügen: Wir machen aus jedem gegebenen Euro sechsmal mehr Strom.

Wir haben in der langen Perspektive, denke ich, zum Schluss für die Kohleverstromung gleichartige Argumente. Denn auch unser Unternehmen plant in dieser Hinsicht. Und ich freue mich, dass E.ON in Datteln jetzt auch mit ihren Plänen zum Kraftwerksneubau öffentlich geworden ist. Ich wünschte, wir könnten auch bald sagen, dass wir das Steinkohlekraftwerk der nächsten Generation mit den Wirkungsgraden 45, vielleicht 47 % planen. Aber auch das CO₂-freie Kohlekraftwerk ist keine Illusion. Und das ist in der Technik insgesamt einfacher als die Frage „Wohin mit dem abgeschiedenen CO₂?“. Nach allem, was wir wissen, sind die Gesamtkosten einer solchen CO₂-freien Kohlestromerzeugung übrigens geringer als die Kosten von Windstrom.

Die Kosten der regenerativen Energien sind spezifisch steigend. Wenn Sie im Bereich Wasserkraft die regenerativen Energien stärker nutzen wollen, müssen Sie an die „große“ Wasserkraft ran. Das erfordert eine Erhöhung der Einspeisevergütung und das ist auch so geschehen. Wenn Sie beim Wind off-shore gehen, was ja unter Aspekten des Landschaftsschutzes vielleicht auch nicht ganz verkehrt ist, müssen Sie, wie geschehen, die spezifischen Einspeisevergütungen erhöhen, sodass Sie dann eine erhöhte Einspeisevergütung mit dem Volumen von Kilowattstunden multiplizieren, und dann explodiert dieser Betrag. Ich bin einmal gespannt, wie das nachher gesamtwirtschaftlich zu verkraften sein wird. Das nur am Rande, weil ich die These vertrete – und die kann man wirklich begründen –, dass CO₂-freier Kohlestrom billiger sein wird als Strom aus verschiedensten regenerativen Energien. Und dann haben wir heimischen und CO₂-freien Strom, und mehr kann man eigentlich nicht erwarten.

Herr Ministerpräsident, noch einmal sehr herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen und unserem Land eine gute Zukunft. Ich wünsche uns als RAG auch eine gute Zukunft. Und ich wünsche ausdrücklich den Bergleuten in diesem Land den Mut und die Zuversicht, an ihre Aufgabe zu glauben. Sie wissen, das, was sie produzieren, wird wieder mehr wertgeschätzt. Parallel dazu wissen sie, dass wir die Belegschaft noch einmal halbieren und Zechen schließen müssen. Diesen ganzen Prozess können wir nur bewältigen, weil wir im Bergbau das aktiv praktizierte Instrument der Mitbestimmung haben. Und ich will meinen Respekt vor den Bergleuten bekunden, dass sie diesen Prozess so mittragen, dass wir ihn sozialverträglich ohne öffentliche Diskussion gestalten können. Dazu gehört auch die erhebliche Umstrukturierung beispielsweise der Unternehmensstruktur der Deutschen Steinkohle AG, die ihre Hauptverwaltung von 1 700 auf 200 Mitarbeiter verkleinern wird. Auch das alles läuft geräuschlos und effizient. Und dafür an die Belegschaft meinen sehr herzlichen Dank.

Herr Ministerpräsident, Glückauf!